

# Die Prager Beschlüsse — eine neue Etappe im Kampf um Frieden und Einheit

Von Prof. Dr. Herbert Kröger, Deutsche Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“, Forst Zinna.

Die aggressive Politik, die die imperialistischen Besatzungsmächte, insbesondere die USA, in Westdeutschland seit den einseitigen und dem Potsdamer Abkommen widersprechenden Londoner Beratungen im Juni 1948 betrieben, hat sich seitdem ständig verschärft. Immer offener und brutaler verfolgen sie ihr Ziel, Westdeutschland zu einem Brückenkopf und einem Rüstungsarsenal für den beabsichtigten dritten Weltkrieg gegen die friedliebenden antiimperialistischen Staaten Europas und vor allem die Sowjetunion zu machen, die Spaltung Deutschlands zu verewigen und Westdeutschland in eine USA-Kolonie zu verwandeln. Mit den Londoner Beratungen haben die drei Westmächte offen den Boden des Potsdamer Abkommens verlassen. An die Stelle der in Potsdam vereinbarten, der Wiederherstellung des Völkerrechts, der demokratischen Umgestaltung Deutschlands und der Sicherung des Friedens dienenden befristeten Besetzung Deutschlands, die von allen national- und verantwortungsbewußten Deutschen als berechtigt anerkannt wurde, ist im Westen unseres Vaterlandes eine völkerrechtswidrige, aggressive Ziele, der Bedrohung des Friedens und der Vernichtung der deutschen Einheit und Unabhängigkeit dienende Intervention getreten. Offen geht man daran, die in Westdeutschland stehende Interventionsarmee — und gerade auch durch deutsche Söldner — zu verstärken, die deutsche Rüstungsproduktion wieder anlaufen zu lassen und andere Maßnahmen zur Vorbereitung des Krieges zu treffen. Ebenso offen baut man die Positionen der volksverräterischen, imperialistischen und faschistischen deutschen Reaktion wieder aus, läßt Kriegsverbrecher frei, verfolgt die Friedenskämpfer und versucht, das deutsche Volk durch maßlose Demagogie und hysterische Kriegshetze diesen Plänen gefügig zu machen.

Bereits die Warschauer Beschlüsse der Außenminister der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten vom 24. Juni 1948 stellten diese Verletzungen des Potsdamer Abkommens durch die imperialistischen Besatzungsmächte in London fest. Die Außenminister der friedliebenden Staaten wiesen in Warschau darauf hin, daß die Ziele der Imperialisten sofort nach der Londoner Beratung durch die separate Währungsreform offenbar wurde, daß damit das Zustandekommen eines Friedensvertrages mit Deutschland und der baldige Abzug aller Besatzungstruppen vereitelt werde, daß durch die Londoner Beschlüsse nicht nur die Demokratisierung Deutschlands verhindert, sondern sogar eine antidemokratische Entwicklung in Westdeutschland eingeleitet werde, daß durch eine Begünstigung revisionistischer Tendenzen gegen die Friedensgrenze an Oder und Neiße der Frieden gefährdet und schließlich die westdeutsche Wirtschaft durch den Marshallplan den USA-Monopolen dienstbar gemacht und ausgeliefert werde. Unter Hinweis darauf, daß die Londoner Beschlüsse wegen ihres Widerspruchs zu den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam völkerrechtswidrig und rechtsunwirksam seien, forderten die Warschauer Beschlüsse:

1. Durchführung von Maßnahmen nach Übereinkommen zwischen Großbritannien, UdSSR, Frankreich und den USA, die die Vollendung der Entmilitarisierung in Deutschland gewährleisten.
2. Errichtung einer Kontrolle der vier Mächte — Großbritannien, UdSSR, Frankreich und USA — über die Schwerindustrie der Ruhr für eine bestimmte Frist mit dem Ziel, die Friedenszweige der Ruhrindustrie zu entwickeln und die Wiederherstellung des Kriegspotentials Deutschlands nicht zuzulassen.
3. Nach Übereinkommen zwischen den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA Bildung einer provisorischen, demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Regierung . . .
4. Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gemäß den Potsdamer Beschlüssen, damit die Besatzungstruppen aller Mächte binnen Jahresfrist

nach Abschluß des Friedensvertrages abgezogen werden . . .“

Die weitere Entwicklung in Westdeutschland hat eindeutig gezeigt, wie richtig die politische und rechtliche Einschätzung der Haltung der imperialistischen Mächte durch die Warschauer Konferenz und wie notwendig die Forderungen dieser Konferenz waren. Heute läßt sich der aggressive, den Frieden gefährdende und die nationalen Interessen des deutschen Volkes verletzende Charakter der Politik der Westmächte nicht mehr bestreiten. Die wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten, vor denen der USA-Imperialismus steht, der zunehmende Kampf der werktätigen Menschen in aller Welt um die Erhaltung des Friedens zwingt die aggressiven Mächte zu einer immer verbrecherischeren und abenteuerlicheren Politik. Diese Politik fand ihren, den ganzen Ernst der Friedensbedrohung offenbarenden Ausdruck in dem *Kommunique* der geheimen Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 19. September 1950.

Die New Yorker Beschlüsse entlarven eindeutig die Absichten der USA-Imperialisten. Sie sprechen von einer „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland“ bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Besatzungsstatus. Sie geben also einmal zu, daß in Westdeutschland noch immer Kriegszustand herrscht und erklären zum anderen offen, daß sie keinen Friedensvertrag mit Deutschland wollen. Sie wollen das Besatzungsstatut aufrechterhalten, in dem es in Artikel III heißt:

„Die Besatzungsbehörden behalten sich . . . das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wieder aufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen . . . oder in Verfolg der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist“

Sie wollen also lediglich eine formale Beendigung des Kriegszustandes, um keine rechtlichen Schwierigkeiten bei der Einbeziehung Westdeutschlands in ihre aggressive Paktsysteme zu haben, sie wollen Westdeutschland endgültig in ihr Protektorat verwandeln, um es für ihre Kriegspläne ausnutzen zu können; sie wollen kein freies Deutschland, sondern die Verewigung der Besetzung durch ihre Interventionsarmeen.

In engstem Zusammenhang mit den New Yorker Beschlüssen stehen die Erklärungen des Bonner „Wirtschaftsministers“ Erhard auf einer Pressekonferenz in Goslar, aus denen sich ergibt, daß die westdeutsche Rüstungsindustrie zugelassen und auf Kosten der Friedensproduktion gefördert werden soll. In New York wurde weiterhin die Aufstellung „mobiler Polizeikräfte“ über den bereits jetzt vorhandenen Bestand von 456 090 Mann hinaus beschlossen und gang offen die Frage der Beteiligung deutscher Verbände an einer „internationalen Streitmacht“ gestellt mit der Wirkung, daß die westdeutsche Presse bereits von einer Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht spricht.

Die New Yorker Beschlüsse stehen nicht nur im Widerspruch zu den Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam. Sie stehen auch im Widerspruch zur Satzung der Vereinten Nationen, in der es heißt, daß die Unterzeichnermächte entschlossen seien, für die „Achtung der Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts“ einzutreten, in der als Zweck der Vereinten Nationen im Artikel 1 die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und die Unterdrückung von Angriffshandlungen, die Achtung des Grundsatzes der Rechtsgleichheit und des Selbstbestimmungsrechts, der Völker angegeben ist, und die ihre Mitglieder im Artikel 2 verpflichtet, sich jeder Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Angesichts dieser ungeheuerlichen Verletzungen internationaler Abmachungen, angesichts dieser für den